

Ist Freiraum nur noch Bauraum?

GNU und Stiftung warnen vor neuen Flächenausweisungen im kommenden Jahr / Beim Flächenfraß gehört der Kreis Gütersloh in OWL zur Spitze

Steinhagen/Gütersloh.

Die Gemeinschaft für Natur- und Umweltschutz e.V. (GNU) warnt die Politik im Kreis Gütersloh vor neuen ausufernden Flächenausweisungen für Gewerbe im neuen Jahr. „Die Natur gerät durch den Druck von Lobbygruppen wie der IHK, den Industrieverbänden immer mehr aus dem Blick“, sagt GNU-Sprecherin Marion Ernsting. „Schon der Landesentwicklungsplanes NRW (LEP), der in Kürze verabschiedet wird, wurde von der Wirtschaft aufgeweicht. Z.B wurde das 5 ha-Ziel des LEP, den Freiraumverbrauch zu begrenzen aufgegeben, die Spielräume für regionale + kommunale Vorhaben erweitert. Dabei darf gerade der Kreis Gütersloh nicht klagen, was die Ausweisung von Gewerbegebieten angeht. Er schießt den Vogel ab beim Flächenfraß in OWL.“ Die „Versiegelung“ steigt exorbitant an: alle zwei Tage werden 10.000 Quadratmeter Fläche verbaut. Inzwischen ist ein Fünftel des Kreisgebietes (ca. 21.000 Hektar) verbaut.

Größte Bedenken haben Stiftung und GNU insbesondere in Bezug auf die Erweiterung der Nobilia- -Werke in Verl/Kaunitz, die Planung des interkommunalen Gewerbegebietes Schloß Holte Stukenbrock/Hövelhof/Augustdorf und die Erweiterung des Ravenna-Parks in Halle.

In **Verl/Kaunitz** will die Firma Nobilia ihr Werk II um 24 Hektar erweitern. Geopfert werden sollen 15 Hektar Wald und acht Hektar Naturschutzgebiet. Verrückt dabei ist, dass Ausgleichsflächen, die die Zerstörungen des Landschaftsschutzgebietes durch den Bau des Werkes II „heilen“ sollten, zunichte gemacht werden. Ernsting: „Wir lernen: Ausgleichsmaßnahmen verdienen ihren Namen nicht. Sie sollen nur helfen, gesetzliche Hürden zu überwinden, um Bauvorhaben durchzusetzen.“



Grund für die Erweiterung von Nobilia sind angeblich betriebsorganisatorische, finanzielle und zeitlichen Gründe. Doch in Zeiten hemmungsloser Naturvernichtung sollten unternehmerische Interessen keinen Vorrang vor dem Erhalt der Ressourcen Boden, Natur und Artenvielfalt haben. Den Unternehmer trifft auch die Verpflichtung, in Verantwortung für künftige Generationen die

natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.* Dazu kommt, dass sich Nobilia nach

eigenen Angaben ja zunächst nur nach neuen Märkten in USA und China "umgesehen" hat. Von einer nennenswerten Produktion für diese Märkte ist nicht die Rede.

In **Schloss Holte-Stukenbrock** soll ein 53 Hektar großes interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet entstehen, das zusätzlich Erweiterungsoptionen von 30 Hektar erhalten soll. Das bedeutet, der großräumig naturnahe Landschaftsraum zwischen Bielefeld und Paderborn würde durch diesen neuen Siedlungsansatz massiv beeinträchtigt, die bestehende Freiraumachse zerstört.



Dieser Eingriff ist auch mit 40 Hektar Ausgleichsmaßnahmen nicht zu heilen. (siehe auch die „umfassende Standortuntersuchung“ des Büros Tischmann und Lutermann, dem Regionalrat der Bezirksregierung Detmold 2002 vorgelegt) zu entnehmen. Eine solche Planung ist einzustellen. Sie widerspricht raumordnerischen Zielen (ROG § 2, (6) „erstmalige Inanspruchnahme von Freiflächen für Siedlungs- und Verkehrsflächen ist zu vermindern,

insbesondere durch die vorrangige Ausschöpfung der Potentiale für die Wiedernutzbarmachung von Flächen...“)

In **Halle** wiederum kennt die Stadt anscheinend keine Grenzen. Das Gewerbegebiet Ravenna-Park mit rund 44 Hektar soll um über sechs Hektar in die Wasserschutzzone 3 A von Steinhagen hinein erweitert werden. Weitere rund 44



Hektar neue Gewerbeflächen in Halle/Künsebeck sind vom Rat der Stadt Halle per 2. November beschlossen worden. „Wohin will diese Stadt? Die Bürger haben mittlerweile die Nase voll von dem Versiegelungs-Wahnsinn“, sagt Marion Ernsting. „Doch Politik und Verwaltung wollen das nicht hören. Die GNU befürchtet, dass nach dem Lückenschluss der A 33 die gewerblich-industrielle Flächennachfrage noch deutlich ansteigen wird, was bereits jetzt unübersehbar ist.

Die Umweltschützer warnen seit Jahrzehnten davor, dass Autobahnen wie die A 33 immense Landschaftssünden nach sich ziehen. Beispiel dafür ist das 70 Hektar große interkommunales Industriegebiet **Borgholzhausen/Versmold**.



Für den ersten Bauabschnitt sind rd. 25 Hektar geopfert worden (90 Prozent Ackerland, 10 Prozent Grünland, Feldgehölze, große Einzelhöfe). Für den zweiten Bauabschnitt stehen weitere 17 Hektar freie Landschaft zur „sofortigen, restriktionsfreien (also uneingeschränkter) Bebauung“ zur Verfügung. Der geplante dritte Bauabschnitt wird bereits stark beworben. Der Kreis Gütersloh spricht auf seiner Website von restriktionsarmen

Planungsmöglichkeiten, konkurrenzfähigen Grundstückspreise von 39 Euro pro Quadratmeter, einschließlich Erschließungskosten.



*Über die Realität der Flächenversiegelung durch Gewerbe und Wohnen in weiteren Kommunen im Kreis Gütersloh haben die GNU und die Stiftung für die Natur Ravensberg (Kirchlengern) kommentierte **Fotodokumentationen** erstellt. Sie werden Ihnen in unregelmäßiger Reihenfolge vorgestellt.*

*Darüber hinaus möchten wir Sie auf die „**Umfrage Altstandorte und Leerstände unter den Kommunen im Kreis Gütersloh**“ hinweisen, die die GNU kürzlich in Kooperation mit der Stiftung für die Natur Ravensberg erstellt hat: <http://www.gnu-gt.de/pdf/umfrage-altstandorte-und-leerstaende.pdf>*

Kontakt: Marion Ernsting, Steinhagen-Brockhagen, Tel. 05204-3976